

Hamburg 2023, 19. April 15.45 h, Beitrag von Günter Knebel. Final mit (eigenen) Fotos zur Ausstellung auf dem Joseph-Carlebach-Platz.

Sedanstraße umbenennen!

Warum die Umbenennung gerade heute geboten ist – und mehr als eine aussagekräftige Geste wäre.

Herzlichen Dank für Einladung und für die Bereitstellung dieser wunderbar informativen Ausstellung* über Ludwig Baumann unter dem Titel „Kriegsverrat ist Friedenstat“!

Der Initiator der Ausstellung wird ja später noch zu Wort kommen. Mein Beitrag zur Eröffnung der Ausstellung ist daher mehr dem genannten Thema gewidmet.

„Sedan‘ wurde als preußisch-militaristischer Gründungsmythos Bezugspunkt für konservative und deutschnationale Politik über das Kaiserreich (1871-1918) bis in die Weimarer Republik (1919-1933). Der Sedan**kult** als Ausdruck des preußisch-deutschen Militarismus war eines der Elemente zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur des Dritten Reiches, bereitete damit den verbrecherischen Vernichtungskrieg der Wehrmacht vor und wirkt bis in die Gegenwart nach.“

Zwei Sätze aus der Webseite Ihrer/Eurer Initiative. Ich möchte sie als historisch korrekte Bezugnahme und Einschätzung an den Anfang meines Beitrags stellen. Der preußisch-deutsche Militarismus sollte 1945 mit dem Potsdamer Abkommen der Alliierten für alle Zeiten ausgeschlossen werden. Als völkerrechtlicher Vertrag, der am 2. August 1945 von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs unterzeichnet wurde, regelte das Potsdamer Abkommen die Nachkriegsordnung: Politische Neuordnung Deutschlands und Europas, Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands, Demontage von Industrieanlagen und Reparationsfragen sowie Aufteilung Deutschlands und Berlins in Besatzungszonen waren Inhalte des Abkommens. Was zuvor in der Geschichte Deutschlands, die auf Gewalt und Machtausübung zentriert war, ‚schiefgelaufen‘ war, sollte künftig dauerhaft ausgeschlossen werden, sich nie wiederholen dürfen. Das Potsdamer Abkommen könnte als Beispiel betrachtet werden, dass Menschen aus der Geschichte lernen.

Unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus sollte 1945 die historische Gelegenheit zu einem Neuanfang genutzt, Strukturen aufgebaut werden, die eine zivile Zukunft in Freiheit, Frieden und Demokratie garantieren. Schon rund hundert Jahre zuvor, 1848, hatten engagierte Bürgerinnen und Bürger solche Forderungen erhoben, die sogar „Abschaffung stehender Heere“ und des „Wehrzwangs“ einschlossen. Aber die realen Machtverhältnisse führten schon im 19. Jahrhundert zum Gegenteil: Wer solche Forderungen erhob, landete im Gefängnis oder musste auswandern. ‚Gegen Demokraten helfen nur Soldaten‘ wurde zum geflügelten Wort, statt ziviler Freiheitsrechte wurde militärische Gewalt gehegt und gepflegt. Im preußisch dominierten Deutschland wurde bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 der

Militarismus so verinnerlicht, dass er die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ zwangsläufig herbeiführte. Noch 60 Jahre später wurde hierzulande im Geschichtsunterricht aber immer noch vermittelt, Deutschland sei in den Ersten Weltkrieg „hineingeschlittert“, andere, qualifiziertere historische Erkenntnisse wurden bekämpft und verdrängt. Welche Ergebnisse die vom Potsdamer Abkommen intendierte Entnazifizierung und Entmilitarisierung hervorgebracht haben, wären eigene Themen für sich. Die nach über 60 Jahren, nach fast drei Generationen 2009 sehr spät abgeschlossene Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz wirft ein Schlaglicht darauf.

Die historische Irreführung der sogenannten Schlittertheorie zum Beginn des I. Weltkriegs ist 2013, etwa 100 Jahre nach Kriegsbeginn, wieder in großer Auflage neu verbreitet worden, als sei das hochgerüstete Europa damals von „Schlafwandlern“ regiert worden und eher zufällig in den Ersten Weltkrieg „getaumelt“. Deutsche Großmachtambitionen und waffenstarrer Militarismus blieben ausgeblendet. Mein eigener Geschichtsunterricht, ich bin Jahrgang 1949, kam nur bis zur Weimarer Zeit, ich kenne viele Weggefährten, die Ähnliches erlebt haben. Über die NS-Zeit, die Vorbereitung und Durchführung des von Deutschland begonnen Zweiten Weltkriegs habe ich erst später an der Universität erfahren, nachdem ich ein Studium der Geschichtswissenschaft begonnen hatte.

Wer lernt was aus welcher Geschichte? Das sind entscheidende Fragewörter, um qualifiziert und detailliert zu ermitteln und darauf zu antworten, ob aus der Geschichte gelernt werden kann. Eine pauschale Antwort auf die schlichte Frage führt ins Leere, ihre pessimistische Verneinung oder optimistische Bejahung machen wenig Sinn. Wenn aber z.B. in Kürze am 10. Mai an die Bücherverbrennungen durch NS-Student*innen vor 90 Jahren auch hier in Hamburg erinnert und gedacht wird, dann sind diese Aktivitäten vom ‚Lernen aus der Geschichte‘ motiviert und belegen eine hohe Erinnerungskultur: Die brutale Verfolgung und schändliche Vernichtung von Kulturgut wird an einem hervorhebenswerten Jahrestag zum Thema gemacht. An die große Zahl der Opfer, Autoren, Geistesgeschaffende, Künstler, Musiker, Schriftsteller, deren lebensfreundliche Werke den dumpfen Gewalt- und Vernichtungsvorstellungen der NS-Ideologie entgegenstanden, wird qualifiziert, vielleicht sogar namentlich erinnert. Aber auch die NSDAP-gelenkten, studentischen NS-Täter*innen müssen thematisiert werden, die Hass und Hetze gegen Intellektuelle geschürt und umgesetzt haben. Keine Taten ohne Täter. Den 1933 verbrannten Büchern folgte bekanntlich wenig später die Verbrennung von Menschen. Heinrich Heine, dessen Werke die Nazis in die Flammen warfen, hatte das im 19. Jahrhundert vorhergesehen, angesichts stetiger Vermehrung der Gewaltpotentiale in Deutschland das drohende Unheil bereits hellseherisch ahnend. Erinnerungs- und Gedenkarbeit muss Ausdruck lebendiger Erinnerungskultur sein, die der zivilgesellschaftlichen Weiterentwicklung förderlich ist und dem Rückfall in kulturelle Barbarei entgegenwirkt. Beides ist nur möglich, wenn aus der Geschichte gelernt worden ist. Was das für unsere

heutige Aktivität heißt? Meiner Antwort darauf geht eine kurze Einordnung in die derzeitige politische ‚Wetterlage‘ voraus. Sie erscheint mir unentbehrlich und sachdienlich.

Im Jahr 2020 hat die jährliche Versammlung weltweiter Rüstungs- und Militärlobbyisten in München, die Münchener Sicherheitskonferenz (msc), ihre rüstungspolitischen Einschätzungen und Wunschvorstellungen unter dem Titel „Zeitenwende – Wendezeiten“ auf 220 Seiten dokumentiert: Ein so bemerkenswertes wie vielstimmiges Plädoyer dafür, dass Deutschland, wie schon in der Fiskalpolitik, *„nun auch in der Außen- und Sicherheitspolitik über seinen Schatten springen“* (S. 172) müsse: *„Aus der Haltung ihrer Nachbarn dürfen die Deutschen Mut schöpfen, auf diesem Wege als Europas ‚Möglich-Macher-Macht‘ voranzuschreiten.“* (S. 174)

Was zuvor noch deutschen Rüstungs-Politiker*innen und -Lobbyist*innen als diffizile, höchst schwierig durchzusetzende Regierungs-Aufgabe erschien, wurde am 24. Februar 2022 durch den Überfall Russlands auf das Nachbarland Ukraine sehr erleichtert. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine brach nicht nur das Völkerrecht und stellte die bis dahin bestehende Architektur für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die notwendig Russland einschließen muss, vor neue Herausforderungen, sondern gab auch der 2021 neu gewählten deutschen Bundesregierung beste Gelegenheit, das gelieferte Stichwort „Zeitenwende“ politisch aufzugreifen. Mit Ovationen aus allen im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen konnte Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 verkünden, für noch mehr Waffen und Rüstungsgüter den staatlichen Schuldenberg um 100 Milliarden Euro zu erhöhen. Als „Sondervermögen“ bezeichnet bzw. besser getarnt, werden nun 100 mal 1.000 Millionen Euro Sonderhaushalt für Rüstungszwecke bereitgestellt, ein Geldbetrag, mit dem die halbe, wenn nicht die ganze Welt geschützt werden könnte vor Hunger, Krankheit und Not, wenn er z.B. den entsprechenden Sonderorganisationen der Vereinten Nationen dafür zur Verfügung gestellt würde. (Der UNO Jahreshaushalt beträgt übrigens im Jahr 2022 ganze 3,1 Milliarden US-Dollar, also etwa 1/33 des „Sondervermögens“. Zur ‚Einordnung‘ des UNO-Jahreshaushalts möge der Hinweis genügen, dass der Jahreshaushalt des Bundeslandes Bremen 2022 rund 6,45 Milliarden € betragen hat, der des Bundeslandes Hamburg 17,9 Mrd. €.) Kurz: Unter dem Eindruck des russischen Angriffskrieges werden aktuell für Rüstung und Militär immense neue Geldmittel beschafft und bereitgestellt, Militärbündnisse erweitert und selbst in links-liberalen Milieus wird laut über Vorteile einer Umstellung auf ‚Kriegswirtschaft‘ nachgedacht. Wer demgegenüber Waffenstillstand, Abrüstung und gemeinsame Sicherheit einfordert oder nur zum Nachdenken darüber aufruft, steht mehr am Rand als in der Mitte der Gesellschaft: Man muss kein Pazifist sein, um diese militärlastigen Tendenzen, jenseits vom Sedankult, als befremdlich und gefährlich zu deuten.

Ludwig Baumann, der im Jahr 1921 hier in der Nachbarschaft, im Haus Bundesstraße 12, geboren wurde, hat sich vor und während seines Kampfes für die Anerkennung und Rehabilitierung der Opfer der Wehrmachtjustiz stets gegen Ungerechtigkeit engagiert. Dass täglich tausende Kinder verhungern, hat ihn bis zuletzt maßlos empört. 1942 aus der Wehrmacht desertiert, von Nazi-Richtern zum Tode verurteilt, hat er Todeszelle, KZ-Haft und Strafbataillon 500 mit viel Glück überlebt. Sein so verdienst- wie wirkungsvolles Engagement als Zeitzeuge und Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz hat entscheidend dazu beigetragen, dass zwar spät, aber noch zu seinen Lebzeiten vom Deutschen Bundestag das NS-Unrecht in der deutschen Strafrechtspflege 1998 grundsätzlich aufgehoben wurde. 2002 sind auch die Deserteure der Wehrmacht gesetzlich rehabilitiert und 2009 die wegen Kriegsverrats verurteilten Opfer der Wehrmachtjustiz anerkannt und rehabilitiert worden. Warum die Sedanstraße nach Ludwig Baumann, der 2018 verstorben ist, neu benannt werden sollte, möchte ich begründen - als eine Art Konsequenz von Lernen aus der Geschichte:

1. Ludwig Baumanns Lebensgeschichte ist untrennbar mit seinem Engagement für Überwindung von Krieg und Gewalt verbunden: Sein Name steht für das Gegenteil vom überkommenen ‚Sedankult‘, der Krieg und Gewalt glorifizierte.
2. Die Umbenennung zur Ludwig-Baumann-Straße würde das Wirken Ludwig Baumanns würdigen und damit auch die vom Deutschen Bundestag beschlossene gesetzliche Anerkennung und Rehabilitierung aller Opfer der NS-Militärjustiz „städtebaulich umsetzen“.
3. Institute und Einrichtungen der Hamburger Universität und weitere zivile Institutionen würden an einer Adresse, die mit ziviler Widerständigkeit und lebensfreundlichem Freiheitsdrang verbunden werden kann, stilvoll und zukunftsgerichtet beheimatet sein.
4. Die vom Bürgermeister der Stadt Sedan mitgeteilte Befürwortung, die Hamburger Sedanstraße in Ludwig-Baumann-Straße umzubenennen, ist ein starkes Signal aus Frankreich, das nicht ignoriert oder zurückgewiesen, sondern gehört und politisch aufgegriffen werden sollte.
5. Die mit der Umbenennung befassten kommunalpolitischen Gremien Hamburgs würden mit der Entscheidung für den Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann ein deutliches Zeichen setzen, das - gerade in dieser Zeit - als *Ausdruck des Wunsches nach lebensfreundlicher Zukunftsgestaltung* weit über die Stadtgrenzen hinaus vernehmlich beachtet werden würde.

Ich freue mich, wenn diese Gedanken „anschlussfähig“ sind – und danke für Ihre/Eure Aufmerksamkeit.

* Fotos der Ausstellung auf dem Joseph Carlebach-Platz.

(Auf der Webseite <http://ludwigbaumann.de/ausstellung/index.html> ist sie dauerhaft präsent und erläutert.)











Die Ausstellung auf dem Joseph-Carlebach-Platz am 19. April 2023 vor der Eröffnung.
(Im Hamburger Grindelviertel erinnert der Platz an die ehemalige Bornplatzsynagoge.)